

---

## Buchbesprechungen

---

Claus Koch, Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft, Hanser-Verlag, München 1995, 187 S., 29,80 DM.

Von Alexander Kluge stammt der Satz: „Starke Filme machen schwache Zuschauer.“ Je stärker der berühmte rote Faden eines Films ist, desto geringer die Chancen der Zuschauenden, ihre Erfahrungen einzubringen und ihre Realitätswahrnehmungen zu schärfen und zu erweitern. Der Plot zieht ihre Aufmerksamkeit auf sich, macht sie zu bloßen Gefolgsleuten.

Machen starke Bücher schwache Leser? So scheint es. Wer sich auf die Kochschen Markt- und Sozialstaatsessays einläßt, wird in ihren Bann und auf unsicheres Gelände gezogen. Aber hier wird befördert, was in Kluges Sentenz verhindert wird: Erfahrungsgewinne. Denn nicht die Bereitschaft eines Kinopublikums, sich mit Neuem auseinanderzusetzen, treffen wir bei vielen Fachleuten und Politikern (und auch bei Gewerkschaftern) an, sondern den in Gewißheit ruhenden Glauben, die tiefgreifenden Veränderungen im Lande und sonstwo mit den traditionellen politischen Konzepten bearbeiten zu können. Um die Mitglieder einer politischen Klasse, die nur das Nötigste tut, solange sich Krisen nicht wenigstens zum Crash verdichten, aus ihrer Ruhe aufstören zu können, bedarf es solch starker und provokanter Bücher.

Denn der Sozialstaat steht vor wirklichen Herausforderungen. „Nach zwanzig Jahren Arbeitsmarktkrise, die nunmehr keine Krise mehr ist, hat sich für die Gesellschaften Westeuropas ein Zukunftshorizont geschlossen.“ Dafür gibt es Hinweise in Legion. Hat sich nicht ein Teil der Staatsbürger unabänderlich damit abgefunden, von beruflicher Erwerbsarbeit ausgeschlossen zu bleiben oder daß Wachstum keine nennenswerte Verringerung der arbeitslosen Bevölke-

rung erlaubt? Glauben nicht viele, daß die Einkommensschere weiterhin geöffnet bleiben wird oder daß sich die nationale Arbeitsgesellschaft spaltet? Und wie steht es um die Erwartung, daß sich am Bestand einer Armutsbevölkerung nicht viel ändern läßt? Läßt sich die Erwartung, daß die drei sozialen Alter nicht mehr den allgemeinen Lebenshorizont eines großen Teils der Bevölkerung bestimmen werden, tatsächlich zurückweisen?

Für diese vermutlich für viele europäische Bürgerinnen und Bürger zutreffenden Erwartungen gibt es reale Gründe - den ökonomischen Strukturwandel beispielsweise, aber auch die Schwäche des Sozialstaates. Den Sozialstaat, auf den sich in der Nachkriegszeit ganze Generationen von Politikern verlassen konnten: nämlich daß er die sozialen Kosten des Marktes in Grenzen hielt, diesen Staat gibt es so nicht mehr. Seine Schwäche zeigt sich in der Struktur gewordenen Massenarbeitslosigkeit hierzulande, das ist *der* Grund für die Desintegrationserscheinungen einer Gesellschaft, die vor allem anderen immer noch eines ist: Arbeitsgesellschaft. Nichts stellt den Sozialstaat mehr in Frage als die Massenarbeitslosigkeit.

Die Antworten der Politik, dieses Problem zu bewältigen und regulieren zu können (wer würde heutzutage schon von „Lösungen“ sprechen?), sind alles andere als ermutigend. Denn zum einen baut der auf Privatisierung und Deregulierung reduzierende neoliberale Kurs der Bundesregierung, der durch die Zurücknahme sozialstaatlicher Errungenschaften international wettbewerbsfähig werden will, auf einem fatalen Mißverständnis: Es wird nicht bedacht, daß die Minimalstaatsromantik dem Staat sukzessive seine Existenzberechtigung in der Gesellschaft raubt. Aber diese grundsätzlich falsche Programmierung neoliberaler Politik erleichtert nicht

das politische Geschäft ihrer politischen Kontrahenten: Es ist ein Irrglaube, daß quasi nur die Programmkassetten ausgetauscht werden müßten. Etwa dem Muster folgend: „Man nehme das Haushaltskonsolidierungs-Programm aus dem Recorder und lege rasch die Neuverschuldungs-Kassette ein, und schon wird der Sozialstaat zu alter Stärke wiederfinden.“ Offenbar verkennt diese Auffassung die Souveränitätseinbußen nationalstaatlicher Politik durch den Weltmarkt und die Europäische Union. Eine bittere Lektion, die in den achtziger Jahren die sozialistische Regierung in Frankreich hat lernen müssen.

Wenn also auf den bekannten Politikkanälen wenig Zeitgemäß-Problemlösendes zu erwarten ist, auf welche alternativen Programmsender ließe sich umschalten? Eine schwierige Frage, denn selbst die Fantasy-Programme haben wenig zu bieten. Utopien kranken an demselben Mangel wie das Fortschrittsdenken: Beide können keine neuen Erwartungen mehr ausdrücken und daher auch keine Geschichte evozieren. Davon macht auch Andre Gorz keine Ausnahme, wie Koch in einem ebenso knappen wie konzentrierten Kapitel zeigt. Das Gorzsche Programm lebt von einer Jenseitsutopie der Vergangenheit. Das will sagen, daß die Entfremdungsbehauptung von einer intakten Vorstellung von Beruflichkeit lebt, die noch aus der Mitte einer taylorisierten Welt stammt und folglich auf eine „Flucht aus der Moderne“ hinausläuft. Zudem spart Gorz (ebenso wie die Umweltutopien) völlig die Herrschafts- und Institutionenproblematik von Strukturreformen aus. Deshalb fragt Koch zu Recht: „Ist es nicht die blinde und unbeherrschte Motorik der Institutionen, ihr Selbstlauf, der Risiko über Risiko erzeugt und an dem sich alle Reformversuche wundscheuern?“

Die Kritik an reduktionistischen und traditionellen Politikvorstellungen sowie an „ganzheitlichen“ Alternativen ist überzeugend. Aber sie birgt ihre Gefahren in sich. Die suggestive Wirkung

der Kochschen Programmkritik ist durch Zuspitzungen und Vereinfachungen erkaufte, und bisweilen ist ihr Preis (zu) hoch. Beispielsweise die Art und Weise, wie die „sozialdemokratische Krücke“ des Grundeinkommens weggeschlagen wird. Koch destruiert förmlich dies Versprechen, die Gleichheit der Staatsbürger herzustellen und die Stigmatisierungen der Erwerbslosen aufzuheben: Nach wie vor habe die Arbeitsgesellschaft noch das gesellschaftliche Definitionsmonopol für das dominante Selbstverständnis dieser Gesellschaft, nach wie vor lege sie die Beruflichkeit als Rolle aller Rollen fest. Deshalb stehen sich Arbeitsplatzbesitzer und Nicht-Besitzer gegenüber, sie sprechen weder die gleiche Sprache noch leben sie in derselben Welt. Die Realität ist in eine anerkannte Arbeitsoberwelt und eine allenfalls geduldete Arbeitslosenunterwelt aufgeteilt. Deshalb kann das Grundeinkommen nur eine Unterweltsgleichheit schaffen. Kein Wort davon, daß es zunehmend Erosionserscheinungen und Sinnfragen in der Erwerbsarbeitsoberwelt gibt, keine Rede von den Wünschen nach einer Reduzierung der Arbeitszeit (Teilzeitarbeit) und nach einer besseren Balance zwischen Arbeits- und Lebenszeit. Bei Koch herrscht immer noch der mit sich identische Erwerbsarbeitsrollenmensch.

Vergleichbar ist, wie sich der Autor die Frage nach der Europäisierung der Gewerkschaften vornimmt. Die Gewerkschaften reagierten zu spät auf die Konstituierung des europäischen Marktes, ein funktionierendes europäisches System von Kollektiwahlhandlungen gebe es nicht, weil dazu derzeit weder die Arbeitgeberverbände noch die Gewerkschaften in der Lage seien. Leider sind das zutreffende Beobachtungen. Aber wird deshalb der europäische Sozialraum leer bleiben? Schließlich wurde mit der Konstituierung des europäischen Betriebsrates ein erster Schritt in Richtung auf eine europäische Mitbestimmung gemacht, und es gibt die Bereitschaft einiger Gewerkschaften in Europa, in Fragen neuer Formen der Mitbestimmung tatsächliche operationale

Schritte der Kooperation zu beginnen. In Anbetracht der hohen Anforderungen an einen europäischen Sozialraum sind dies zwar noch unzureichende Schritte, aber sie vollziehen sich auf eine Art und Weise, die den Zeitmaßen europäischer Lernprozesse entsprechen.

Es versteht sich, daß diese Einwände die Kochschen Argumente nicht aus der Welt schaffen können. Claus Koch skizziert eine von möglichen Zukünften (und zwar nicht die unwahrscheinlichste); es ist die Zukunft eines völlig entkräfteten Sozialstaats, einer paralysierten politischen Klasse, orientierungsloser Wähler und des praktischen Nihilismus der Intelligenz. Ob dies nun die Anzeichen einer „vorfaschistischen Situation“ sind oder ob darin die reaktionären anti-modernen Antworten auf einen weiteren Modernisierungsschub gesehen werden, das hängt von der grundsätzlichen Einschätzung von Modernisierungsprozessen ab. Aber dazu muß es nicht kommen, notwendig muß dieser Negativ-Fall nicht eintreten. Würde Politik endlich großgeschrieben, so gäbe es Chancen zu anderen Modernisierungsverläufen. Die Gewerkschaften könnten zu denjenigen politischen Kräften gehören, die dabei eine besondere Rolle einnehmen. Allerdings müßten sie sich den Problemen offeneren Sinnes stellen.

Klaus W. West,  
Düsseldorf

Hans Arnold, Deutschlands Größe. Deutsche Außenpolitik zwischen Macht und Mangel, Piper Verlag München/Zürich 1995(1923.), DM18,90.

Seit der Erringung der nationalen Einheit gärt es wieder in der deutschen Außenpolitik, „der Asche des Kalten Kriegs entstieg der deutsche Phönix“ und trägt seither die genscheristische Kultur der Zurückhaltung in der Weltpolitik zu Grabe. Eine neue Masse in der Mitte Europas verschafft sich Bewegung, will aus dem alten Korsett ausbrechen. „Außerhalb Europas ist die deutsche

Außenpolitik sehr viel weniger als in Europa in Verpflichtungen und Handlungszwänge eingebunden. Der neudeutsche Drang nach größerem nationalen Wirken in der internationalen Politik richtet sich daher vornehmlich auf die außereuropäische Welt. Doch so sehr Deutschland in Europa eine herausragende Masse ist, so wenig kann es in der Welt eine herausragende Masse sein.“

Wohin wird sich dann die deutsche Masse wälzen? Hans Arnolds Analyse des deutschen Strebens nach weltpolitischer Größe und den Grenzen dieses Dranges steht in der Orthodoxie der „realistischen Schule“ von der internationalen Politik. Der frühere Spitzendiplomat sieht die Staatenwelt vom unveränderten Drang der Nationen auf Durchsetzung ihrer nationalen Interessen bestimmt. Doch bei Arnold entspringen diesem eher orthodoxen Ansatz originelle Einblicke: Im Gegensatz zur großen Mehrheit der „Realisten“ hat er verstanden, daß der Drang nach Macht, die Bestimmung menschlicher Interessen und die Entfaltung von Machteinflüssen in der Welt psychologische Kategorien sind, sie folglich auch mit psychologischem Gespür zu untersuchen sind. Arnold scheut sich dabei nicht, das Brennglas seiner Analyse auf die eigene Nation zu richten. Er untersucht detailliert die „Befindlichkeiten“ der deutschen Außenpolitik seit 1991, wie sie sich in ihren Taten und Reden immer wieder offenbaren.

Der mehrfache Botschafter entdeckt einen neuen, unterschwelligem Drang seiner Nation nach weltpolitischer Größe, eingebettet in eine „mentale Militarisierung“. Dieser noch ziellose und zum Teil unbewußte Wille zur Macht grassiert vor allem in Form eines subtilen Nationalismus, der sich nicht nur im Historikerstreit, sondern etwa auch im Jahrhundertprojekt des Hauptstadtumzugs äußert. Es entsteht die Berliner Republik. Entschuldigt tarnt sich dieser Drang in der Außenpolitik noch hinter dem Hinweis auf äußere Zwänge und einem angeblichen Mangel an Alter-

nativen: man wolle nur seinen UNO-Pflichten nachkommen, Bündnistreue gegenüber den Partnern üben, die Outlaws der Weltpolitik reintegrieren etc.

Noch mangelt es also an klarer Orientierung und festen Zielen. Blinder Drang ersetzt so stets aufs neue rationale Politik. In der Tiefe dieser Bonner Befindlichkeiten enthüllt sich eine grundlegende Unsicherheit, die noch nicht genau weiß, was sie will und was sie darf. Arnolds Gegengift zu den neuen Großmachtträumen und der wieder unverträglichen

Masse in der Mitte Europas lautet auf Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union, sowie auf konsequente Beschränkung auf das Erbe als „Zivilmacht“. Das ist dann allerdings wenig originell. Kann es mehr sein als Wunschdenken, wird hier nicht das Unvereinbare zusammengefaßt, eben wieder nach Art der Sonntagsreden, die nach Entschuldigungen suchen für ihren neuen Gestaltungswillen in der Welt?

Michael Hennes,  
Köln